

## Öl- und Gasgeschäfte

Nachdem China, Indien und andere asiatische Nationen sich Anteile an den Gasvorkommen Burmas im Golf von Bengalen sichern wollten, hat die Junta beschlossen zwölf Millionen Kubikmeter Gas nach China zu exportieren.

Indien hatte bereits erfolglos versucht ein Geschäft über drei Milliarden US-Dollar auszuhandeln, um eine 290 Kilometer lange Pipeline von Burma über Bangladesch nach Kalkutta zu bauen. China sagte der burmesischen Regierung jetzt zu, eine Pipeline bis zur burmesisch-chinesischen Grenze mit einer Länge von 900 Kilometern durch Burma zu bauen. Für den eigenen Verbrauch hat Burma ca. sechs Millionen Kubikmeter Gas vorgesehen. Zwölf Millionen Kubikmeter Gas sollen an China verkauft werden.

Zwei Firmen aus der russischen Republik Kalmykien entwickeln Öl- und Gasfelder in Burma. In Kooperation mit der staatlichen Firma *Myanmar Oil and Gas Enterprise* (MOGE) wird Kalmykien 50 Prozent Anteil in dem Projekt haben. Außerdem unterzeichnete die MOGE einen Vertrag mit *Rimbu-nan Petronas* von den britischen Jungferninseln und UNOG aus Singapur für die gemeinsame Entwicklung eines neuen Öl- und Gasblocks vor der Küste Burmas. Dieses Jahr ist das bereits der zweite Vertrag zwischen den Firmen. Die größten Gasvorkommen werden von *Daewoo International* vor der Küste Arakans abgebaut. Insgesamt sind 25 Bohrplattformen in den Gewässern Burmas in Betrieb. Öl- und Gasfirmen aus Australien, Großbritannien, Kanada, China, Indonesien, Indien, Malaysia, Russland, Singapur, Südkorea und Thailand haben Verträge mit dem Militärregime unterzeichnet.

vgl. PTI (Press Trust India) News Agency, AFP 21. 3.2007; Russia's Daily Online 20.3.07; Xinhua/ The BD Observer 18.3.07; Irrawaddy 12.3.07

## Demonstration im Zentrum Ranguns

Ungefähr zwei Dutzend Demonstranten protestierten am 22. Februar 2007 in Rangun gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen. Neun Beteiligte wurden später verhaftet und am 27. Februar wieder freigelassen. Oppositionsgruppen wie die NLD und die 88er-Studentengeneration bekundeten ihre Unterstützung für die Demonstranten und verurteilten die Verhaftungen. Die De-

monstranten hatten keine politischen Erklärungen abgegeben, sondern lediglich gegen die Energieknappheit, die zu stundenlangen Stromausfällen führt, und die finanziellen Probleme der Bevölkerung aufgrund der Inflation protestiert. Die Gruppe der Demonstrierenden nennt sich das »Myanmar Entwicklungskomitee«.

vgl. AP 23.2.07; Irrawaddy 26., 27.2.07

## Wegen Anordnung von Zwangsarbeit verurteilt

Ein Gericht in Zentralburma hat zwei Beamte für schuldig befunden, Dorfbewohner zur Zwangsarbeit verpflichtet zu haben, und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die staatliche Zeitung *New Light of Myanmar* berichtete darüber ebenso, wie über die Entlassung eines Beamten und zweier Förster durch das Forstministerium. Sie hatten Menschen zum Straßenbau und Schlagen von Feuerholz gezwungen. Das Urteil wurde kurz nach der Übereinkunft zwischen Militärregime und der

Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über die Beschwerdeführung für Opfer von Zwangsarbeit verhängt. Der IAO-Repräsentant in Rangun, Richard Horsey, erklärte, die Urteile würden hoffentlich ein deutliches Signal an diejenigen senden, die weiterhin Zwangsarbeit einsetzen. Anfang 2005 waren bereits vier Dorfbeamte zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil sie Zwangsarbeit bei öffentlichen Entwicklungsprojekten eingesetzt hatten.

vgl. AP 31.3.07

## EU übt weiter Druck aus

Die EU übt weiter Druck auf die regierende Junta in Burma aus und hat ihre Sanktionen gegen das Land erneuert. Anlass war ein Treffen der EU-Außenminister, das am 23. April 2007 in Luxemburg stattfand. Die Außenminister der EU haben den Mangel an sichtbarem Fortschritt beim Übergang zu einer legitimierten zivilen Regierung und die ernsten Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Die

EU fordert die schnelle Entlassung aller politischen Gefangenen und, dass alle ethnischen Gruppen und Parteien in einen nationalen Versöhnungsprozess einbezogen werden. Nichtsdestotrotz begrüßte die EU die Bemühungen der Vereinten Nationen und der ASEAN-Staaten, Reformen im Lande zu unterstützen.

vgl.: Europäischer Report, 26.04.07



## Diplomatische Beziehungen zu Nordkorea

Vereint in ihrer Feindschaft gegenüber Amerika, haben zwei der repressivsten Nationen der Erde – Burma und Nordkorea – im April 2007 nach über zwei Jahrzehnten der Entfremdung ihre diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. Dies wurde während eines nordkoreanischen Besuches in Burma besiegelt, der so unauffällig war, dass es fast wie eine geheime Mission aussah. Burma hatte die Beziehungen 1983 abgebrochen, nachdem nordkoreanische Agenten in Rangun während des Besuchs des südkoreanischen Staatspräsidenten Chun Doo Hwan eine Bombe hatten explodieren lassen. Die Bombe verfehlte den Präsidenten knapp, tötete aber mehr als 20 Menschen, darunter einige hochrangige südkoreanische Offizielle. Die Beziehungen hatten sich in den letzten Jahren wieder verbessert, da beide Länder durch den Druck des Westens auf der Suche nach Verbündeten sind. »Man kann sagen, dass zwei Außenposten der Tyrannei zusammenkommen«, sagte Aung Naing Oo, ein politischer Kommentator aus Burma, der im Exil lebt und

zitierte damit Condoleezza Rice mit einer Bemerkung aus dem Jahr 2005. Es ist nicht klar, ob die neuen diplomatischen Verbindungen sehr viel mehr als einen symbolischen Effekt haben werden. Politische Analysten lehnen die Meinung einiger Exilanten ab, die glauben, dass Atomwaffen involviert sein könnten. »Es hat Spekulationen gegeben über nukleare Aktivitäten, aber Experten sind in dieser Angelegenheit anderer Meinung«, so Robert Taylor, ein in London residierender Burma-Experte.

Die Regierung Südkoreas scheint die Vergangenheit ebenfalls begraben zu wollen. Sie hat signalisiert, dass sie nichts gegen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Burma und dem Norden habe. Laut eines Beamten des südkoreanischen Außenministeriums respektiere Seoul die Entscheidung Burmas. »Wir hoffen, dass es zur Öffnung Nordkoreas führen und zu Frieden und Stabilität in unserem Land beitragen wird.«

vgl.: The International Herald Tribune, 27.4.07

## Interview mit Min Ko Naing

In einem Interview mit der in Chiang Mai erscheinenden Zeitschrift Irrawaddy hat Min Ko Naing, der prominenteste Studentenfürher des Aufstands von 1988 und heutiges Mitglied der »88er Studentengeneration«, zu den jüngsten Aktivitäten seiner Gruppe und zur Einschätzung der Lage im Lande Stellung genommen. Mit der Kampagne »Offene Herzen« wurden Bürger des Landes aufgefordert, ihre Meinung über die Lage im Lande offen zu äußern. Danach gefragt, was die Kampagne bisher erreicht habe, antwortete der ehemalige Studentenfürher: »Das Ziel der Kampagne ist es, die Leute zu ermutigen eines ihrer Grundrechte, die Meinungsfreiheit, aus-

zuüben. Nach Beginn der Kampagne ist den Menschen dieses Recht zunehmend bewusst geworden. Einige Bürger haben ihre Meinung auf Papier geschrieben und sie über die Zäune vor ihren Häusern gehängt. Wir haben einen riesigen Berg von Briefen aus dem ganzen Land bekommen und können damit ein Bild der Wünsche des burmesischen Volkes zeichnen. Wir haben die Briefe kategorisiert nach Themen wie Soziales, Gesundheit und Wirtschaft und wir bereiten einen Bericht darüber vor. Das Ergebnis werden wir dann der Welt verkünden.«

Das ganze Interview findet sich unter <http://www.irrawaddy.org/aviewer.asp?a=7012&z=6>.

## Kämpfe gegen indische Rebellen im Nordosten

Die Regierung Burmas hat versprochen, verstärkt militärisch gegen alle indischen Rebellen vorzugehen, die von burmesischem Territorium aus operieren, so ein indischer Regierungsvertreter. Burma gab das Versprechen nach einer Serie von Gesprächen zwischen Brigadegeneral Tin Maung Ohn und hochrangigen indischen Militärs. »Die Armee Burmas hat uns versichert, dass sie den Kampf gegen Militante in den nordöstlichen Staaten verstärken werden,« so der indische Armeekommandant, der nicht namentlich genannt werden wollte. Die Treffen fanden in Guwahati statt, der Hauptstadt des indischen Staates Assam. Ein weiterer Offizier, Generalleutnant Paranjit Singh, beschrieb Ranguns Entscheidung als »einen Durchbruch«, denn in der Vergangenheit waren sie nur gegen eine Gruppe vorgegangen – die *Khaplang Fraktion des Nationalistischen Sozialistischen Rates des Nagalandes*. Die Gruppe sagt, dass sie für ein unabhängiges Heimatland im indischen Staat Nagaland kämpfen. Ihr Hauptquartier hat sie auf dem Gebiet Burmas. Indien und Burma teilen sich eine 1640 Kilometer lange und oft unübersichtliche Grenze, was es Aufständischen im Nordosten erlaubt, das Nachbarland als Basis für Guerilla-Anschläge auf die indische Armee zu nutzen. Seit Indien im Jahr 1947 die Unabhängigkeit erlangte, haben über 50.000 Menschen ihr Leben bei Aufständen im Nordosten verloren.

vgl.: AFP, 27.4.07